

Durchgangsstation Izmir

Hunderttausende Geflüchtete sitzen in der türkischen Hafenstadt fest. Viele hoffen auf die gefährliche Überfahrt über die Ägäis in die EU



Die meisten Geflüchteten in Izmir wollen nach Griechenland weiterreisen. Viele sehen für sich in der Türkei keine Perspektive.

YURI STEFFAN, IZMIR

Olivia fürchtet um ihr Kind. Die türkischen Behörden haben es in Gewahrsam genommen und wollen es in den Kongo abschieben – zusammen mit einer Mutter, die nicht seine ist, in ein Land, das nicht seines ist. Olivia stammt aus Kamerun.

Ihre beste Freundin Primelle wurde am Abend zuvor verhaftet und in ein Abschiebegefängnis gebracht. Mit ihr: zwei Kinder – ihr siebenjähriger Sohn Félix und Olivias Baby. Olivia selbst wird im Krankenhaus behandelt. Primelle kümmert sich währenddessen um den Kleinen.

Primelle, Olivia und Félix heißen eigentlich anders. Sie gehören zu den drei bis vier Millionen Geflüchteten, die in der Türkei leben, rund 200 000 von ihnen in und um Izmir. Von hier aus ist die Chance vergleichsweise hoch, mit einem Boot unbeschadet nach Griechenland zu gelangen – höher als auf den deutlich gefährlicheren Routen von Libyen oder Tunesien über das zentrale Mittelmeer nach Kreta, Malta oder Italien.

In der Innenstadt verkaufen Händler deshalb neben ihrem üblichen Sortiment auch Schwimmwesten, oft gebrauchte Einzelstücke. Sie reagieren auf die Nachfrage.

Hilfe im Ausnahmezustand

Eine wichtige Anlaufstelle für viele Geflüchtete ist ein unabhängiges Beratungszentrum in der Stadt. Hier suchen sie nach Kleiderspenden, nutzen die Waschmaschine oder nehmen Termine bei den Psycholog*innen des Zentrums wahr. Sie brauchen Hilfe bei Arztterminen, bei Schulanmeldungen für ihre Kinder oder beim Kontakt zu Anwalt*innen. Am begehrtesten ist jedoch Unterstützung beim Stellen eines Asylantrags.

Die meisten sind vor Verfolgung, häuslicher Gewalt oder Armut aus ihren Herkunftsländern geflohen und in der drittgrößten Stadt der Türkei gestrandet. Fast alle wollen weiter nach Europa. Viele leben bereits seit Jahren in der Türkei – in einem Zustand des dauerhaften Übergangs. Manche stammen aus wohlhabenden Familien; eine Frau berichtet, in ihrem Heimatland selbst Hausangestellte beschäftigt zu haben. Andere haben nie eine Schule besucht und sprechen nur eine lokale afrikanische Sprache oder einen syrischen Dialekt.

John ist einer von denen, die fast täglich kommen, nur um im Wartezimmer Tee zu trinken. Er ist ein großer Mann in seinen Dreißigern mit kurzen Rastazöpfen. Auch er heißt eigentlich anders.

Vor sechs Jahren kam er als Profifußballer aus Kamerun in die Türkei. Doch sein Traum von einer Karriere im Sport zerplatzte. Nach einem Streit setzte sich sein Manager mit Johns Pass nach England ab. Sein Visum lief aus – plötzlich war er ohne gültigen Status im Land. Bleiben möchte er nicht. »Sie behandeln dich hier sehr schlecht«, sagt er. »Alle wollen hier weg, auch viele aus Syrien oder Afghanistan.«

Ohne Arbeitserlaubnis kann er keinen festen Job annehmen, sagt er. Damit fehlt ihm nicht nur ein Einkommen, sondern auch ein soziales Umfeld. Dieses findet er im Hof des Zentrums, wo auch andere Geflüchtete ihre Zeit verbringen.

Kurz nachdem der Manager mit seinem Pass verschwunden war, erkrankte John an einer schweren Lungenkrankheit. Ein Lungenflügel fiel zusammen, mehrere Operationen waren nötig. Insgesamt verbrachte er acht Monate ohne Krankenversicherung im Krankenhaus. Sein Leben verdankt er einem Stationsarzt, der ihn dennoch behandelte.

So viel Glück im Unglück wie John haben nicht alle. Viele kommen in die Beratungsstelle, weil sie dringend medizinische Hilfe brauchen, aber nicht krankenversichert sind. Selbst wenn der dafür notwendige Asylantrag gestellt ist, kann es Wochen oder Monate dauern, bis eine Behandlung genehmigt wird. Aus Angst vor den Behörden schieben viele die Antragstellung dennoch hinaus – einmal erscheint sogar eine Frau in der 41. Schwangerschaftswoche.

Das System der Unsicherheit

Ähnlich der Residenzpflicht in Deutschland müssen sich Geflüchtete in der Türkei nach ihrer Ankunft einem bestimmten Landkreis zuweisen lassen. Oft handelt es sich dabei um abgelegene Orte – für Menschen, die auf Netzwerke mit anderen Migranten angewiesen sind, ist das eine besondere Belastung. Vor Ort müssen sie sich selbst bei den Behörden melden, eine Wohnung finden und in manchen Fällen auch ein Arbeitsverhältnis nachweisen. Staatlich organisierte Sprachkurse gibt es nicht; viele sind zunächst weitgehend auf sich allein gestellt.

»Psychische Folter«, nennt John diese Praxis. Kaum habe man sich mit dem neuen Umfeld am Ort der Antragstellung vertraut gemacht, werde man wieder entwurzelt. Wie so viele andere Aspekte im türkischen Asylsystem diene auch diese Vorgehensweise dazu, Druck aufzubauen, vermutet er: »Der türkische Staat will, dass die Menschen in ihre Heimatländer zurückkehren.«

Rechtlich wird zwischen temporärem und internationalem Schutz unterschieden. Syrer*innen, die aufgrund der politischen Lage lange Zeit nicht zurückkehren konnten, erhalten temporären Schutz. Dieser muss in der Regel jährlich verlängert werden. Bei anderen ist der Antrag auf Verlängerung eine Art Roulette – er kann sowohl in eine weitere Aufenthaltsgenehmigung als auch in eine Abschiebung ohne Angabe von Gründen münden.

Eine ähnliche Ungleichbehandlung zeigt sich auch bei der Schulpflicht. In der Türkei gilt sie nur für syrische Schutzsuchende. Viele syrische Kinder sind inzwischen gut integriert und sprechen fließend Türkisch. Geflüchtete Kinder anderer Nationalitäten hingegen – etwa Félix, der kein Türkisch spricht – werden in der Regel nicht in staatliche Schulen aufgenommen. In Einzelfällen gibt es Sprachkurse an Volkshochschulen für Jugendliche, doch sie können einen regulären Schulbesuch nicht ersetzen.

Hinzu kommt die finanzielle Unsicherheit. Während Geflüchtete in Deutschland durch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unterstützt werden, müssen sie in der Türkei ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Mit Gelegenheitsjobs versorgen viele der in Izmir Gestrandeten nicht nur ihre eigenen Kinder, sondern gelegentlich auch Freunde und Verwandte ohne Einkommen. John kann viele Geschichten aus seinem Umfeld erzählen: von endlosen Überstunden, nicht gezahlten Löhnen und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen.

Vielen bleibt am Ende nur die Flucht über das Meer: über die Ägäis, Richtung Griechenland. Mit der Fähre dauert die Überfahrt nur etwa 20 Minuten. Um Kontrollen zu vermeiden, nehmen Schlepperboote mit Geflüchteten jedoch oft Umwege und sind rund anderthalb Stunden unterwegs. Für viele gelingt die Überfahrt nicht beim ersten Versuch.

An den Zufahrtsstraßen zu den Stränden kontrolliert die Polizei regelmäßig vorbeifahrende Fahrzeuge. Nicht selten werden Boote, die sich bereits auf dem Wasser befinden, von der türkischen Küstenwache zurück ans Festland gebracht.

Die Betroffenen verlieren dann ihr mühsam erspartes Geld für die Überfahrt und landen mitunter für Monate in Haft. »Reine Zeitverschwendung«, sagt eine ältere Teilnehmerin aus Burkina Faso bei einem Workshop in dem Zentrum. Danach werden sie wieder in die Unsicherheit entlassen – und das Warten auf ein Leben in Europa beginnt von vorn.

Auch John träumt von Europa. Eines Tages will er in Deutschland ankommen.

»Weil es ein Land mit Industrie ist. Ein Land, in dem Arbeit geschätzt wird. Ich habe doch einen Abschluss als Elektriker.« Versucht hat er die Überfahrt noch nie. Nur mit vielen Kontakten und etwas Glück findet man heraus, wann ein Schlepperboot ablegt.

Es ist Montag, 16 Uhr. In der Beratungsstelle hängen Kinderzeichnungen an den Wänden, an einem großen Schreibtisch sitzen zwei Mitarbeiter*innen, im Wartezimmer warten Klient*innen auf bunten Sofas. Aufgeregt klopft es an der Tür. Sobald man sie auch nur einen Spalt öffnet, drängt sich eine Gruppe aufgeregter Kinder in den Hof. Freizeitangebote gibt es in dieser Gegend nur wenige, umso beliebter sind die Workshops des Zentrums.

Trotz der großen Nachfrage ist die Zukunft des Beratungszentrums unsicher. Bisher hing seine Finanzierung von der Zusammenarbeit mit Organisationen in Deutschland ab. Doch die Bundesregierung hat Mittel für Entwicklungszusammenarbeit gekürzt – darunter auch die Unterstützung für die deutsche Partnerorganisation der Einrichtung.

Gleichzeitig setzen Repressionen der türkischen Regierung zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend unter Druck. Ähnliche Einrichtungen mussten bereits schließen, oft unter dem Vorwand juristischer Verstöße. So wird etwa der Vorwurf erhoben, es seien illegale Schulen betrieben worden – obwohl es sich tatsächlich nur um Sprachworkshops im Basis-Türkisch handelte.

Am Ende dieses Tages gibt es zumindest für Olivia eine gute Nachricht: Auf Drängen des Arztes einigen sich Ausländerbehörde und Polizei darauf, das Baby herauszugeben. Doch es bleibt ein Hindernis: Weder Mitarbeiter*innen des Zentrums noch jemand aus dem Umfeld der Familie darf das Kind entgegennehmen. Allein eine Sozialarbeiterin des Krankenhauses ist dazu berechtigt – sie weigert sich jedoch. Obwohl die Geburtsurkunde vorliegt, zweifelt sie daran, dass es sich tatsächlich um das Kind der Patientin handelt. Weder der diensthabende Arzt noch Mitarbeitende der Beratungsstelle können sie umstimmen. Erst am späten Abend gelingt es einer Anwältin des Zentrums, das Baby zur Mutter zu bringen.

Auch Primelle und ihr Sohn kehren einige Tage später zurück nach Izmir.

Yuri Steffan arbeitete während eines Erasmus-Stipendiums ehrenamtlich in einem Beratungszentrum. Aus Angst vor möglichen Repressionen durch türkische Behörden wird die Einrichtung nicht namentlich genannt.



Sie behandeln dich sehr schlecht. Alle wollen hier weg.«

John